

Interessantes, über das wenig oder gar nicht in Deutschland berichtet wird... (KOPP Nachrichten)

Quelle: KOPP-Verlag - Ausgabe "exklusiv" Nr. 05/18

► »Kirchen-Asyl abschaffen«.

Die Landesvorsitzende der AfD in Schleswig-Holstein und Mitglied im Landtag des nördlichsten deutschen Bundeslandes, *Doris von Sayn Wittgenstein*, hat sich erneut für eine Abschaffung des Kirchenasyls ausgesprochen. Sie wiederholte damit eine bereits im vergangenen September erhobene Forderung. »*Kirchenasyl ist rechtswidrig und gehört abgeschafft*«, sagt die Politikerin. Geltendes Recht werde mit Füßen getreten, die gesetzlich verankerte Trennung von Staat und Kirche faktisch aufgehoben. Nach einem Bericht der *Schleswig-Holsteinischen Landeszeitung* stiegen die Kirchenasylfälle allein in diesem Bundesland von 14 im Jahr 2014 auf 103 im vergangenen Jahr. Inzwischen scheint auch die Landesregierung aufgewacht zu sein. Innenminister Grote (CDU) kündigte an, sich dieses Themas »anzunehmen«.

► Drohnenflut als Bedrohung.

Im vergangenen Jahr befanden sich laut Schätzung der Deutschen Flugsicherung (DFS) hierzulande rund 600000 Drohnen in der Luft, sowohl zu privaten als auch kommerziellen Einsätzen. Bis 2020 wird mit einer Verdopplung dieser Zahl gerechnet. Drohnen sind leicht zu fliegen, besitzen gute Kameras und werden immer erschwinglicher. Ihre zunehmende Verbreitung sorgt aber auch für ein wachsendes Missbrauchspotenzial. Menschen können ausspioniert, gefährdet und bedroht werden, Drohnen schmuggeln mittlerweile Drogen, Flugzeuge werden gefährdet und Haftanstalten berichten schon länger von in Innenhöfen gelandeten Drohnen, die Handys oder sogar Waffen transportieren. Drohnenschutz-Firmen haben Hochkonjunktur. Sie bieten elektronische Warn- und Abwehrsysteme an. Ein Abschuss muss aber »verhältnismäßig« sein, so das Gesetz.

► E-Autos gefährden Stromversorgung.

Mit dem Elektroauto-Boom steht ein Ansturm auf die Steckdosen bevor. Doch kein Problem für die Stromnetze, entwarnen Forscher. Eine am 21. Januar in München veröffentlichte Studie kommt zu einem anderen Ergebnis. Demnach ist ohne Milliardeninvestitionen ins Stromnetz mit Engpässen bei der Stromversorgung zu rechnen, sobald der Anteil von E-Autos rund 30 Prozent erreiche. Angesichts der Entwicklung wäre bereits in fünf bis zehn Jahren damit zu rechnen, dass in einigen Regionen regelmäßig der Strom ausfällt — ab 2032 in ganz Deutschland. Das Niederspannungsnetz sei für die erwartete Zahl an Elektromobilen nicht ausgelegt. Abhilfe schaffen könnte ein Aufladen zu später Stunde.

► Bevölkerungswachstum nur noch per Massenmigration.

Mitte Januar veröffentlichte Erhebungen des Statistischen Bundesamts liefern bemerkenswerte Daten zum deutschen Bevölkerungswachstum 2016. Im Vergleich zum

Vorjahr sei demnach die Gesamtbevölkerung Deutschlands um 346.000 Personen angestiegen, auf 82,5 Millionen. Ein deutlich höherer Anstieg um 978.000 Personen sei 2015 verzeichnet worden. Als Hauptursache für den Zuwachs nennt das Amt wie in den Vorjahren auch für 2016 die Zuwanderung. Im Land habe es hingegen ein Geburtendefizit von 118.000 Personen gegeben, da mehr Personen gestorben seien als geboren wurden. Für die Auswertung zu 2017 werden ähnliche Ergebnisse erwartet.

► **Das transparente(re) Konto.**

Im Monat Januar trat die *Payment Service Directive 2* (PSD2) in Kraft. Zwar gibt es die »EU-Zahlungsdiensterichtlinie« zur Regelung von Kontotransaktionen schon einige Jahre, doch ihre neue Version sorgt nun — leicht verzögert — für Aufregung. Vor allem um eine neue Klausel geht es. Da wird für externe Dienstleister ein gesetzlicher Anspruch auf Zugang zu ausgewählten Kontoinformationen verankert, zumindest, wenn der Kontoinhaber einwilligt, was schnell auch unbewusst geschehen kann. Dann darf der Anbieter als Stellvertreter agieren, Zahlungen auslösen oder Kontoeinsicht nehmen. Zur Praxis des Ganzen herrscht einige Unsicherheit, Verbraucherschützer warnen, sprechen vom »gläsernen Verbraucher«. Immerhin habe sich die Beweislast bei strittigen Transaktionen zugunsten des Kunden verbessert, heißt es.

► **Bettler handeln mit Hunden.**

Im 11. Wiener Bezirk haben sich sehr zum Ärger der Anwohner auf verlassenem Grundstücken »Bettlerbanden« aus der Slowakei einquartiert. Die Bürger beschwerten sich nicht nur über höchst aggressives Betteln. Anwohner wollen überdies beobachtet haben, wie die Bettler zuvor offenbar gestohlene Hunde verschachern.

► **Das Versagen des »Anti-Trump«.**

Auf der umstrittenen Konferenz von Davos wurde der indische Regierungschef *Narendra Modi* gefeiert, weil er angeblich Donald Trump die Leviten las. Nur zur Erinnerung: Es war Modi, der 2016 über Nacht den 1000- und 500-Rupien-Schein für ungültig erklärte. Indien soll nach seinen Vorstellungen die erste komplett bargeldlose Gesellschaft sein. Die Quittung bekam er prompt. Als Folge dieses Bargeldverbots hat er in den ersten vier Monaten des Jahres 2017 in Indien rund 1,5 Millionen Arbeitsplätze vernichtet.

Auf den Punkt gebracht

»Wenn der Staat Pleite macht, dann geht natürlich nicht der Staat pleite, sondern seine Bürger.«

Carl Fürstenberg (1850-1933), Bankier